



8/SN-403/ME 1 von 2

ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das

Bundesministerium für Inneres

Postfach 100

1014 W i e n

Zl. 325/94

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl. 61	0549/94
Datum:	7. NOV. 1994
Verteilt:	8. Nov. 1994

DVR: 0487864

VL/NC

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Waffen-
gesetz 1986 geändert wird (2. Waffengesetznovelle
1994)

Zl. 95.016/24-IV/11/94/E

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag teilt zu dem übermit-
telten Entwurf der 2. Waffengesetznovelle mit, daß gegen diesen
keine Bedenken bestehen und dieser Entwurf sogar ausdrücklich
begrüßt wird.

Um zu verhindern, daß sich Personen bis Jahresende noch in grö-
ßerem Umfang mit Pumpguns eindecken, die nach den Bestimmungen
des Waffengesetzes keine Chance auf Erteilung der Bewilligung
gemäß Artikel II Abs. 1 besitzen, und dann nach dem 1.1.1995
nicht die in Artikel II Abs. 1 angeführten Ausnahmegewilligung
beantragen erfassen zu können, wird angeregt, die Waffenhändler
zu verpflichten, Name und Anschrift von Käufern von Pumpguns
zwischen der Kundmachung des Gesetzes und dem 31.12.1994 den
jeweiligen Sicherheitsdirektionen zu melden.

Äußerst unzweckmäßig erscheint die in Art. II Abs. 3 vorgesehe-
ne 3-jährige Frist zur Antragstellung. Es wäre vielmehr eine
Entschädigungspflicht - auf welche allenfalls seitens des Be-
rechtigten verzichtet werden kann - bei Abgabe der Schußwaffe
vorzusehen.

- 2 -

Überdies sollte in den erläuternden Bemerkungen klargestellt werden, daß die Entschädigung mit jenem Verkehrswert zu erfolgen hat, welchen die Schußwaffe vor Inkrafttreten des gegenständlichen Gesetzes hatte.

Wien, am 31. Oktober 1994

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



Dr. Klaus HOFFMANN
Präsident